

Christoph Wagner

Parteien und Parteiensysteme im Wandel: Argentinien und Uruguay im Vergleich

1. Einleitung

Nach den Umfragedaten des *Latinobarómetro* ist es in den Ländern Lateinamerikas mit dem Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien schlecht bestellt. Bei den Befragungen der Jahre 1996 bis 2004 schneiden sie im lateinamerikanischen Durchschnitt schlechter ab als alle anderen Institutionen, für die entsprechende Daten erhoben wurden (*Latinobarómetro* 2004: 34). Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Parteien bzw. das, was gerne mit Parteienverdrossenheit bezeichnet wird, natürlich kein speziell lateinamerikanisches Phänomen. Unzufriedenheit mit den Parteien bedeutet auch nicht zwangsläufig Unzufriedenheit mit der Demokratie. Und trotz der negativen Beurteilung, die die Parteien erfahren, werden sie doch mehrheitlich auch in Lateinamerika als unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie betrachtet (Nolte 2000: 10-11).

Ohne Zweifel spielen Parteien als politische Akteure in demokratischen Systemen eine zentrale Rolle. Ihnen werden idealtypisch vielfältige Aufgaben und Funktionen zugewiesen. So unterscheiden etwa – um nur ein Beispiel von vielen zu nennen – Gunther/Diamond (2001: 7f.) sieben Funktionen, nämlich Kandidatennominierung, Wählermobilisierung, Issue-Strukturierung, gesellschaftliche Repräsentation, Interessenaggregation, Regierungsbildung und -erhalt sowie soziale Integration. Die Frage, inwieweit diese und/oder ähnliche Funktionen auch von den Parteien in den Ländern Lateinamerikas erfüllt werden oder ob aufgrund einer anderen Ausgestaltung der politischen Realität(en) hier nicht andere Funktionszuweisungen erfolgen müssten, wurde in der deutschen Politikwissenschaft bereits in den siebziger Jahren diskutiert (Lindenberg 1973). Dabei ist bis heute die Frage nicht nur nach den von den Parteien tatsächlich wahrgenommenen Funktionen, sondern auch nach bestehenden funktionalen Äquivalenten und konkurrierenden Akteuren aktuell geblieben. Nach den welt-

weiten (Re-)Demokratisierungsprozessen der achtziger Jahre ist im Kontext der Systemwechselforschung nicht nur, aber auch mit Blick auf die Länder Lateinamerikas die Problematik der Funktionswahrnehmung und -erfüllung durch die politischen Parteien zunächst vor allem insofern interessant gewesen, als nach deren Rolle im demokratischen Transitions- und Konsolidierungsprozess gefragt wurde.¹

Argentinien und Uruguay gehören zu den lateinamerikanischen Ländern, in denen nunmehr seit über 20 Jahren demokratisch gewählte Regierungen im Amt sind und es in dieser Zeit mehrere demokratische Machtwechsel durch Wahlen gegeben hat. Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der beiden Demokratien und der Frage nach deren demokratischer Qualität bestehen allerdings große Unterschiede. Während Uruguay schon seit einigen Jahren als das Land gilt, das im südamerikanischen Vergleich im demokratischen Konsolidierungsprozess am weitesten fortgeschritten ist, steht im Falle Argentiniens immer wieder die Frage nach dem Ausmaß der die Funktionsfähigkeit der Demokratie beeinträchtigenden Defekte im Mittelpunkt. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden die Rolle der politischen Parteien und die konkrete Ausgestaltung der Parteiensysteme auf nationaler Ebene in den beiden genannten Ländern behandelt werden. Inwiefern haben sich die Parteiensysteme langfristig und insbesondere seit der Etablierung der demokratischen politischen Systeme in den achtziger Jahren bis zum Jahr 2005 verändert und wie sind diese Veränderungen ggf. zu erklären? Welche Rolle spielen die Parteien im politischen Prozess; haben sie sich als zentrale politische Akteure etablieren können oder stehen sie in einer Konkurrenzsituation zu anderen kollektiven Akteuren? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die politische Entwicklung und die Ausgestaltung der Demokratie in den beiden Ländern?

Da auch historische Faktoren strukturprägenden Einfluss auf die aktuellen Parteiensysteme haben (können) und um aus einer langfristigen Perspektive Entwicklungstendenzen deutlich machen zu können, werden im Folgenden in einem ersten Schritt die Grundzüge und historischen Besonderheiten der Parteiensysteme sowie die Hauptcharak-

1 Vgl. u.a. Merkel/Sandschneider (1997) und im Kontext des hier vorliegenden Artikels vor allem den darin befindlichen Beitrag von Klaus Bodemer und Sandra Carreras.

teristika der relevanten Parteien in beiden Ländern in der Zeit vor den Militärdiktaturen herausgearbeitet. In einem zweiten Schritt wird darauf eingegangen, wie die Parteien in den Transitionsprozessen zu Beginn der achtziger Jahre agiert haben, wobei deren Bedeutung jeweils nur unter der Berücksichtigung der konkreten Rahmenbedingungen des Systemwechsels angemessen eingeschätzt werden kann. Dabei ist auch danach zu fragen, welche Konsequenzen sich eventuell aus der Art des Systemwechsels für die zukünftige Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen ergeben haben. In einem dritten Schritt wird dann die Entwicklung der Parteiensysteme von 1983/84 bis 2005 nachgezeichnet, wobei die Wahlergebnisse auf nationaler Ebene als wesentliche Orientierungspunkte dienen, aber auch wichtige institutionelle Faktoren wie Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen Berücksichtigung finden. Ausgangspunkt wird hier allerdings zunächst die Frage danach sein, wie sich konkret die postautoritäre Kräftekonstellation darstellte, d.h. vor allem auch welche Position den Militärs als den ehemaligen Machthabern gegenüber den Parteien zukam. Danach werden die in Argentinien und Uruguay bis heute stattgefundenen jeweils fünf Präsidentschaftswahlen ausführlicher behandelt. Anders als für Uruguay, wo die Präsidentschaftswahlen zusammen mit den Parlamentswahlen in einem Wahlgang stattfinden, sind als nationale Wahlen im Falle Argentiniens auch die separat in zweijährigem Rhythmus abgehaltenen Parlamentsteilwahlen zu berücksichtigen.

2. Grundzüge der Parteiensysteme und Hauptcharakteristika der Parteien bis zu den Militärdiktaturen der siebziger Jahre

2.1 Uruguay

Das uruguayische Parteiensystem gilt als eines der ältesten Parteiensysteme der Welt. Aus zwei kurz nach der Unabhängigkeit im Jahr 1836 im Umfeld der beiden ersten Staatspräsidenten des Landes gegründeten Gruppierungen gingen die beiden so genannten traditionellen Parteien, *Partido Colorado* (Colorados) und *Partido Nacional* (Blancos) hervor, die bis zu den letzten vordiktatorialen Wahlen 1971 ein stabiles Zweiparteiensystem bildeten, in der Regel zusammen mehr als 90% der Stimmen auf sich vereinigten und ausnahmslos die Regierung stellten. Die zentrale Konfliktlinie, an der sich die Parteien formierten, bildete der Gegensatz zwischen der Hafen- und Hauptstadt

Montevideo auf der einen und dem agrarisch geprägten Binnenland auf der anderen Seite. Obwohl *Colorados* und *Blancos* historisch durchaus als poliklassistische Parteien einzustufen sind, galten besonders seit den Bürgerkriegen 1839-1852 die *Colorados* eher als progressive und liberale Kraft, die ihre Klientel vorrangig aus den Städten bezog und überwiegend die Interessen des städtischen Großbürgertums und des Handelssektors vertrat, die *Blancos* hingegen als konservativ, im ländlichen Raum verwurzelt und als Interessenrepräsentant der Latifundisten. Waren beide Parteien bis etwa zur Jahrhundertwende noch vor allem Honoratiorenparteien im Sinne von Max Weber, so entwickelten sie sich danach immer mehr zu Massen- bzw. *Catch all*-Parteien. Trotzdem blieben die *Blancos* eher in der ländlichen Bevölkerung verankert, während sich die *Colorados* mehr auf städtische Mittelschichten und die Industriearbeiterschaft stützten.

Das uruguayische Zweiparteiensystem war institutionell – abgesehen von lediglich zwei autoritären Phasen 1933-1938 und 1942/ 1943 – in einen demokratischen Kontext eingebettet, in dem den politischen Parteien die unumstrittene Rolle als zentrale politische Akteure zukam. Es gelang keinem anderen Akteur, in ernsthafte Konkurrenz zu *Partido Colorado* und *Partido Nacional* zu treten oder gar eine Rolle als funktionale Äquivalente zu übernehmen. Die Streitkräfte traten auch in den beiden kurzen Phasen des Autoritarismus als Akteur praktisch nicht in Erscheinung. Die in vielen Ländern Lateinamerikas als ein gesellschaftspolitisch einflussreiches Schwergewicht agierende katholische Kirche war im Zuge der 1919 in Kraft getretenen Verfassung, mit der die vollständige Trennung von Kirche und Staat vollzogen worden war, weitgehend zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt und kam damit auch nicht als ernsthafter gesellschaftspolitischer Bündnispartner für andere Akteure in Frage. Die zwar nicht einflusslosen, aber politisch doch relativ zurückhaltend agierenden Unternehmerverbände betrachteten sich nach ihrem Selbstverständnis eher als unpolitische Akteure und machten ihren Einfluss in der Regel über die parteipolitischen Kanäle geltend, ohne dabei auch nur im Ansatz als Konkurrent der Parteien aufzutreten. Ähnliches gilt schließlich für die Gewerkschaften, von denen bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts ca. 40 Organisationen mit anarchistischer Ausrichtung entstanden waren und denen es erst 1964 mit der Gründung der *Convención Nacional de Trabajadores* (CNT) als erstem Gewerk-

schaftsdachverband gelang, die Kräfte der organisierten Arbeiterschaft zu bündeln. Wenn Uruguay aufgrund der zentralen Rolle der Parteien im politischen System ähnlich wie Argentinien als *partidocracia* bezeichnet wird, darf nicht übersehen werden, dass mit diesem Begriff für den Fall Uruguay nicht die negative Konnotation verbunden ist, wie sie für den Fall Argentinien typisch ist:

After the 1910s, however, the patterns of political development in Argentina and Uruguay started to diverge. In Uruguay, civilian supremacy over the military was established and the two main political parties became virtually the exclusive channels of competition for political power, because they provided effective representation for all major interests in society (Huber Stephens 1989: 306).

Die Stabilität des uruguayischen Zweiparteiensystems wurde durch institutionelle Mechanismen begünstigt, die dafür sorgten, dass es keiner anderen parteipolitischen Kraft gelang, das Machtmonopol von *Colorados* und *Blancos* zu durchbrechen. Abgesichert wurde die Vormachtstellung der beiden traditionellen Parteien durch ein Eigentümliches und kompliziertes Wahlsystem, das in seinen wesentlichen Zügen 1910 als *Doble Voto Simultáneo* eingeführt und mit den Wahlgesetzen von 1925 und den *Leyes de Lema* in den dreißiger Jahren perfektioniert wurde (Wagner 1993: 126-133). Dieses Wahlsystem erlaubte es u.a., dass unterschiedliche Fraktionen von *Colorados* und *Blancos* mit jeweils eigenen Kandidaten und Listen zu den Wahlen antreten konnten, deren Einzelergebnisse dann zu einem Gesamtergebnis der Partei addiert wurde. Damit wurden nicht nur andere Parteien, die nicht über diese Möglichkeit der Stimmenakkumulation verfügten, benachteiligt und ihnen faktisch der Zugang zur Macht fast unmöglich gemacht, sondern dies hatte für *Colorados* und *Blancos* auch den Effekt, dass sie als *Catch all*-Parteien ihre Einheit bewahren konnten, die immer wieder durch interne Konflikte und Spaltungstendenzen gefährdet gewesen war. Unter dem Dach einer Partei konnten sich verschiedene Fraktionen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung mit eigenen Listen und Kandidaten formieren. So verhinderte das Wahlsystem auf Dauer ein Auseinanderbrechen der beiden Parteien (lediglich die *Blancos* traten vorübergehend von 1942-1954 getrennt als *Partido Nacional* und *Partido Nacional Independiente* zu den Wahlen an), begünstigte aber gleichzeitig den Prozess einer internen Zersplitterung. Wegen der extrem fraktionellen Organisationsform

und der starken ideologischen Fragmentierung von *Colorados* und *Blancos* wird das traditionelle Zweiparteiensystem Uruguays auch als fragmentarisches Zweiparteiensystem bezeichnet (Aguilar 1984: 5).²

In diesem fragmentarischen Zweiparteiensystem kam den *Colorados* über Jahrzehnte eine hegemoniale Stellung zu: Sie stellten im 20. Jahrhundert bis zur Militärdiktatur im Rahmen der präsidential verfassten Demokratie und auch während der ersten von zwei Phasen eines kollegialistischen Regierungssystems (*Colegiado*) von 1919-1933, als die Regierungsgewalt zwischen Präsident und Staatsrat aufgeteilt wurde, durchweg den Staatspräsidenten. Erst während des zweiten *Colegiado* von 1952-1966 (die Exekutivgewalt lag nun komplett in den Händen des Staatsrates, ein separates Präsidentenamt existierte also faktisch nicht mehr) gelang es den *Blancos* nach 93 Jahren in der Opposition mit ihrem Wahlsieg 1958 erstmals an die Spitze der Regierung zu gelangen und den Vorsitzenden sowie die Mehrheit der Mitglieder des Staatsrates zu stellen. Die bis dahin währende Dominanz der *Colorados* hatte im Laufe der Zeit nicht zu einer Destabilisierung des Zweiparteiensystems geführt. Auch die anfänglich von den *Blancos* ausgehende Umsturzgefahr konnte im Zuge der unter den beiden Präsidentschaften von José Batlle y Ordóñez (1903-1907 und 1911-1915) eingeleiteten Modernisierung und Demokratisierung Uruguays eingedämmt werden. Dies lässt sich damit erklären, dass sich seitdem das Konsensprinzip als ein zentrales Charakteristikum der politischen Kultur immer stärker durchgesetzt hat, wobei dies vermutlich aber nur deshalb hatte gelingen können, weil die oppositionellen *Blancos* schon frühzeitig durch ausgeklügelte Mechanismen der Machtbeteiligung in die Regierungsverantwortung und in bestehende Machtstrukturen eingebunden wurden. Dieses Prinzip der *Coparticipación* war nicht nur zu einem prägenden Strukturmerkmal der Regierungspraxis geworden, sondern reichte auch bis weit in die staatliche Verwaltung hinein, indem die Besetzung der Stellen im öffentlichen Dienst durch die beiden traditionellen Parteien nach einem festen Verteilungsschlüssel erfolgte.

2 Autoren wie Sartori und Lindahl gehen sogar soweit, das uruguayische Parteiensystem als Mehrparteiensystem einzuordnen; siehe zu dieser Diskussion und den – m.E. überzeugenden – Gegenargumenten González (1995: 142-145).

Erst zu den Wahlen 1971 formierte sich nach Jahren des ökonomischen Niedergangs im einst wirtschaftlich so erfolgreichen, wohlhabenden Uruguay im Zuge einer zunehmenden gesellschaftspolitischen Polarisierung eine ernst zu nehmende dritte parteipolitische Kraft, die vor allem in der organisierten Arbeiterschaft verankert war. Die kleineren Parteien *Partido Demócrata Cristiano*, *Partido Comunista*, *Partido Socialista*, *Movimiento Blanco Popular y Progresista*, *Frente Izquierda de Liberación*, jeweils eine Abspaltung aus den beiden traditionellen Parteien, nämlich *Lista 58* des *Partido Nacional* und *Lista 99* (später *Partido Por el Gobierno de Pueblo*) des *Partido Colorado*, sowie einige weitere kleinere Gruppierungen schlossen sich zum Linksbündnis *Frente Amplio* zusammen und erzielten auf Anhieb 18,3% der Stimmen (Venturini 1989: 15). Damit war das Ende des alten (fragmentarischen) Zweiparteiensystems besiegelt und die Entwicklung zu einem Zweieinhalbparteiensystem (González 1985: 21) eingeleitet, die zunächst allerdings durch die 1973 installierte Militärdiktatur unterbrochen wurde.

2.2 Argentinien

Auch in Argentinien existierte in den Jahrzehnten vor der letzten Militärdiktatur insofern ein Zweiparteiensystem, als sich eindeutig zwei parteipolitische Akteure von nationaler Relevanz identifizieren lassen. Als traditionsreichste und erste große, auf nationaler Ebene organisierte Massenpartei war die 1890/1891 gegründete *Union Cívica Radical* (Radikalismus) in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die führende parteipolitische Kraft in Argentinien. Streitig gemacht wurde dem Radikalismus diese hegemoniale Position ab 1945 von dem in diesem Jahr gegründeten *Partido Peronista*, der später in *Partido Justicialista* (Peronismus) umbenannt wurde, mit ihrem charismatischen Führer General Juan Domingo Perón, damals noch Oberst, an der Spitze. Bei den Peronisten handelte es sich um eine zwischen links- und rechtszentristisch tendierende, nationalistische und populistische Partei, die vor allem in der städtischen Arbeiterschaft verankert war und auf den Rückhalt der als unterprivilegiert Geltenden zählen konnte, bei den Radikalen um eine mittelschichtorientierte, im weiteren Sinne bürgerliche, sich zu republikanischen Werten bekennende, programmatisch und ideologisch aber kaum eindeutig zu verortende

Partei. Beide genannten Parteien waren die einzigen, denen es auf nationaler Ebene gelang, die Regierung zu übernehmen, nämlich der Radikalismus 1916-1930, 1958-1962 und 1963-1966 sowie der Peronismus 1946-1955 und 1973-1976, bis zum Beginn der letzten Militärdiktatur (Carreras 1999: 67).

Mit der Tatsache, dass ähnlich wie in Uruguay auch in Argentinien im Wesentlichen zwei große und zentrale parteipolitische Akteure zu identifizieren sind, erschöpfen sich aber bereits weitgehend die Gemeinsamkeiten der beiden Nachbarländer hinsichtlich des Parteiensystems und der Parteien. Lediglich von "[...] 1916 bis 1930 bildete das Parteiensystem die zentrale Arena der Konfliktregulierung" (Thibaut 1996: 94). Für die Zeit danach kommt – wie bereits im Zitat von Huber Stephens angedeutet – den Parteien in Argentinien eine völlig andere politische Rolle in einem völlig anderen politischen Kontext zu als ihren Pendants in Uruguay. Die Geschichte der argentinischen Parteien ist entscheidend davon geprägt worden, dass der politische Prozess im 20. Jahrhundert durch das wiederholte Eingreifen der Militärs gekennzeichnet war; immer wieder wechselten sich Zivil- und Militärregierungen ab. Von 1930 bis 1983 wurde das Land von 24 verschiedenen Präsidenten regiert, davon waren zwei Drittel Generale; es gab sechs erfolgreiche Staatsstreichs sowie unzählige fehlgeschlagene Putschversuche und ultimative Forderungen und Drohungen der Militärs gegenüber den amtierenden Regierungen (Sábato/Schvarzer 1985: 175). Und selbst in Zeiten ziviler Regierungen kann nicht von wirklich demokratischen Verhältnissen gesprochen werden. So identifizieren etwa Mainwaring/Hagopian (2005: 3) in ihrer Klassifikation politischer Regime ab 1945 für den Fall Argentinien in der Zeit vor der letzten Militärdiktatur lediglich die kurze Periode 1973/1974 als Demokratie; ansonsten konstatieren sie einen ständigen Wechsel zwischen autoritären und semidemokratischen Systemen. Dabei standen die Parteien durchgängig in einem "Konkurrenzverhältnis" zu den Militärs, wobei im Zweifelsfall den Militärs die Rolle des dominanten und mächtigeren Akteurs zukam. Anders als es für die politischen Parteien in Uruguay gilt, konnten sich Peronismus und Radikalismus also allein aufgrund der militärischen Interventionen in die Politik nicht als verlässliche Kanäle der Interessenaggregation, -artikulation und -vermittlung etablieren und waren als potenzielle Einflusskanäle immer wieder ausgeschaltet. Aber auch jenseits der Militärdiktaturen

gelang es den Parteien nicht, die für Parteien typischen Funktionen zu erfüllen.

The party system's failure to integrate powerful organized interests thus lay at the heart of Argentina's post-1930 regime instability. Inadequately represented in the party system, key economic and political actors never developed a strong commitment to democratic institutions and frequently pursued power through nonelectoral means (Levitsky 2005: 67).

Um ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen, suchten kollektive Akteure wie Gewerkschaften, Unternehmerverbände und katholische Kirche in der Regel eher direkt den Weg zur jeweiligen Regierung als den Umweg über die politischen Parteien. Dies gilt auch für den einflussreichen Gewerkschaftsdachverband *Confederación General de Trabajo*, und dies, obwohl die organisierte Arbeiterschaft als das Rückgrat des Peronismus galt. Dies gilt aber besonders für die konservativen Kräfte, die sich im Parteiensystem kaum angemessen repräsentiert fanden, traditionell aber auch über sehr viel effektivere Einflusskanäle verfügten wie etwa die Großgrundbesitzer und landwirtschaftlichen Großproduzenten über die *Sociedad Rural Argentina*, die über Jahrzehnte ein zentraler politischer Machtfaktor war (Birle: 1995: 359). Als Bündnispartner zur Sicherung konservativer Interessen kamen zudem immer wieder die Militärs in Frage. Nicht selten ergänzte sich eine in diesen Kreisen weit verbreitete Anti-Parteien-Haltung zumindest in Teilen der Oberschicht mit einem Wohlwollen gegenüber Eingriffen des Militärs in das Institutionengefüge des Landes.

Abgesehen von der Tatsache, dass das Militär als potenter Veto-Akteur den Parteien immer wieder Grenzen setzte, waren die Parteien selbst, mit ihrem Selbstverständnis, ihrem konkreten Erscheinungsbild und ihrem Verhalten als politische Akteure, weit davon entfernt, dem Anspruch gerecht zu werden, der Parteien demokratietheoretisch in der Regel zukommt. Aufgrund dessen wird in der Literatur immer wieder in Frage gestellt, ob Radikalismus und Peronismus streng genommen überhaupt als politische Parteien zu kategorisieren sind. Aufgrund der ihnen eigenen Charakteristika müssten sie vielmehr als nationale Bewegungen begriffen werden (vgl., neben vielen anderen, exemplarisch McGuire 1995: 200). Denn gemäß der Prinzipien dieses *Movimiento* sind sowohl Radikalismus als auch Peronismus darauf ausgelegt, über einen nationalen Alleinvertretungsanspruch zu verfü-

gen, der der jeweils anderen Seite die Legitimität und damit auch praktisch die Existenzberechtigung abspricht. Infolgedessen zeigten sich sowohl Radikalismus als auch Peronismus bestrebt, sich jeweils möglichst als hegemoniale Kraft zu konstituieren. Zum Zweck des Machterwerbs bzw. Machterhalts erschienen dabei grundsätzlich alle möglichen Verfahren als legitim, egal ob verfassungskonform oder nicht. Dies implizierte auch, dass die für demokratische politische Systeme konstitutive Option des Wechsels zwischen Regierung und Opposition im Prinzip außer Kraft gesetzt wurde. Konkret bedeutet dies, dass auf der einen Seite versucht wurde, die jeweilige parteipolitische Opposition auszuschalten, was auf der anderen Seite "[...] wiederum eine unloyale Haltung seitens der Oppositionsparteien provozierte und sie zur Duldung bis hin zur Mitarbeit am institutionellen Bruch veranlasste" (Carreras 1999: 67).

Ganz anders als in Uruguay, wo die traditionellen Parteien im Rahmen einer konsensdemokratisch geprägten politischen Kultur agierten, war das argentinische Parteiensystem durch eine extreme Polarisierung der zentralen parteipolitischen Kräfte gekennzeichnet. Diese Polarisierung lässt sich auf die Formel *Peronismus versus Anti-Peronismus* bringen und sollte als zentrale Konfliktlinie "[...] auf Jahrzehnte hinaus die argentinische Politik prägen und dem gängigen Links-Rechts-Schema zur ideologischen Einordnung politischer Parteien eine zweite Dimension hinzufügen" (Muno 2005: 51). Zu einer gewissen Abschwächung des *Movimiento* und einer Annäherung zwischen Peronisten und Radikalen kam es lediglich Anfang der siebziger Jahre, als man sich in einem gemeinsamen Abkommen (*Hora del Pueblo*) gegen die damalige Militärjunta wandte (McGuire 1995: 219). Abgesehen davon fehlten aus einer historischen Perspektive aber jegliche wirkungsvollen institutionellen Mechanismen, die das Gegenüber von Peronisten und Radikalen in Bahnen hätte lenken können, um eine Kooperation bzw. einen demokratischen Wettbewerb auf der Basis gegenseitiger Akzeptanz zu ermöglichen. Infolgedessen kannte der Peronismus in den ersten knapp 40 Jahren seines Bestehens, genauer bis 1983, nur zwei Zustände: "Er war entweder an der Macht oder verboten" (Carreras 1999: 97). Aber selbst nachdem Perón 1955 gestürzt worden war und für 18 Jahre ins Exil gehen musste, blieb die Konfliktlinie *Peronismus versus Anti-Peronismus* prägend für das argentinische Parteiensystem und die weitere politische Ent-

wicklung. Der Peronismus, obwohl verboten, blieb nicht nur als wichtigste oppositionelle Kraft präsent und verhinderte damit, dass der Radikalismus zu seiner alten, hegemonialen Stellung im Parteiensystem zurückkehrte; die unterschiedlichen Haltungen der Radikalen gegenüber den Peronisten führten sogar 1957 zur vorübergehenden Spaltung ihrer Partei in *Union Cívica Radical Intransigente* und *Union Cívica Radical del Pueblo* (Birle 1989: 24-25).

Die völlig unterschiedliche Rolle der politischen Parteien im argentinisch-uruguayischen Vergleich und die völlig unterschiedliche Einschätzung und Wahrnehmung ihrer Bedeutung als Akteure im politischen Prozess der beiden Länder deutet sich auch in den Begründungszusammenhängen an, auf denen die Installierung der Militärdiktaturen in den siebziger Jahren fußen. Wesentliche Legitimationsgrundlage für die Machtübernahme der argentinischen Militärs durch den Putsch vom März 1976 war der Verweis auf das Versagen der Parteien, was als Argument von weiten Teilen der Gesellschaft und sogar von den politischen Parteien selbst weitgehend akzeptiert wurde (Birle 1989: 36). Demgegenüber begründeten in Uruguay die Militärs die ebenfalls im Jahr 1976 erfolgte Absetzung des amtierenden Präsidenten Bordaberry mit dem undemokratischen Wesen des von ihm initiierten Reformprojekts, im Rahmen dessen er seine Ambitionen zur Installierung eines von ihm geführten autoritären Systems u.a. mit dem Argument zu rechtfertigen versuchte, dass die politischen Parteien für die Krise des Landes verantwortlich seien und deswegen eliminiert werden müssten (Wagner 1991: 43-44). Doch jenseits dieser argumentativen Unterschiede blieb letzten Endes das Ergebnis dasselbe: In beiden Ländern wurden die politischen Parteien verboten und menschenverachtende Militärdiktaturen installiert.

3. Die Parteien als Akteure im Rahmen der Systemwechselprozesse der achtziger Jahre

3.1 Uruguay

Der uruguayische Transitionsprozess in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vollzog sich in Form eines ausgehandelten Übergangs vom Autoritarismus zur Demokratie. Gegenspieler bzw. Verhandlungspartner waren auf der einen Seite die Militärs als Repräsentanten des bestehenden autoritären Regimes sowie auf der anderen Seite die politi-

schen Parteien als treibende Kräfte der Demokratisierung. Eingeleitet wurde der Demokratisierungsprozess von den Militärs selbst, als *apertura inesperada* (González 1984) allerdings unbeabsichtigt und völlig überraschend. Denn anders als zweieinhalb Monate zuvor in Chile scheiterten die Militärs im November 1980 in einer Volksabstimmung mit einem Verfassungsreformprojekt, das eigentlich ihre Herrschaft legitimieren und ihre Macht festschreiben sollte. Nachdem die Bevölkerung in einem Klima der Repression und trotz völlig einseitiger Propaganda in den Medien mehrheitlich gegen den Autoritarismus votiert hatte, konnten sich die Militärs dem wachsenden gesellschaftlichen Druck Richtung Liberalisierung und Demokratisierung nicht länger verweigern. Dabei gelang es den vorübergehend von den militärischen Machthabern verbotenen bzw. in ihren Aktivitäten erheblich eingeschränkten politischen Parteien schnell wieder, gemäß den traditionellen Spielregeln der uruguayischen Demokratie eine zentrale Rolle einzunehmen.

Zunächst wurde ein Großteil der parteipolitischen Opposition wieder zugelassen (neben *Colorados* und *Blancos* auch die kleine, bürgerlich-konservative *Unión Cívica*; die Linksparteien blieben zunächst noch verboten), um im November 1982 interne Wahlen zu den Führungsgremien der Parteien durchzuführen. Mit diesem Wahlakt wurde der zweite, wichtige Schritt im Transitionsprozess Richtung Demokratie vollzogen, da gerade die Parteiflügel, die am deutlichsten Stellung gegen die Militärdiktatur bezogen hatten, als Sieger aus den Wahlen hervorgingen (Mieres 1985: 60). Als Akteure, die nunmehr sogar mit einer demokratischen Legitimation versehen waren, traten die politischen Parteien in den zivil-militärischen Dialog, der im Mai 1983 mit den Gesprächen im "Parque Hotel" begann. Dabei wurde die Verhandlungsposition der Parteien noch zusätzlich dadurch gestärkt, dass sie von einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung gegen die autoritären Machthaber getragen wurden. Infolgedessen gelang es den Streitkräften in den Verhandlungen auch nicht, ihre Position als politischer Machtfaktor institutionell und/oder strukturell auch nur annähernd so abzusichern, wie dies etwa dem chilenischen Militär Ende der achtziger Jahre gelungen ist. Der Dialog zwischen Militär und Parteien wurde – unter Beteiligung des zwischenzeitlich wieder zugelassenen *Frente Amplio*, jedoch ohne die Vertreter der *Blancos*, die sich im Juni 1984 aus Protest gegen die Inhaftierung ihres Parteifüh-

ners Wilson Ferreira Aldunate unmittelbar nach dessen Rückkehr aus elfjährigem Exil aus den Verhandlungen zurückgezogen hatten – mit dem *Pacto del Club Naval* im August 1984 abgeschlossen. Festgeschrieben wurden darin nationale Wahlen für den 25. November 1984 und die Wiedereinsetzung der demokratischen Verfassung von 1967 ab Februar 1985. Nachdem beides vereinbarungsgemäß durchgeführt worden war, wurde mit dem Amtsantritt des siegreich aus den Wahlen hervorgegangenen *Colorado*-Kandidaten Julio María Sanguinetti als erster postautoritärer Präsident am 1. März 1985 formal die Rückkehr zur Demokratie vollzogen (Wagner 1991: 46-50, 67-76). Ein halbes Jahr zuvor war die CONAPRO (*Concertación Nacional Programática*) gegründet worden, in der nicht nur die Parteien untereinander, sondern zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Gewerkschaften, Unternehmern, Studentenverband und Genossenschaften arbeiteten, um einen breiten Konsens herzustellen, der die erste postautoritäre Regierung stützen sollte. Wenngleich nach dem Regierungsantritt die CONAPRO schnell an Bedeutung verlor, lieferte sie bis dahin einen Gesprächs- und Kooperationsrahmen für Parteien und Zivilgesellschaft.

3.2 Argentinien

Anders als in Uruguay, wo die Parteien gemeinsam auftreten und ihre Kräfte bündeln mussten, um den Militärs in den Verhandlungen Paroli bieten und den Autoritarismus überwinden zu können, war eine solche Zusammenarbeit der politischen Parteien in Argentinien nicht zwingend erforderlich. Denn der Fall Argentinien ist typologisch geradezu ein Paradebeispiel für den Zusammenbruch bzw. Kollaps eines autoritären Systems. Den militärischen Machthabern war es in der Zeit nach der Machtübernahme 1976 kaum gelungen, einen geschlossenen Machtblock zu bilden. Spätestens ab 1981 zeigte sich auch nach außen deutlich die Anfälligkeit der bestehenden Herrschaftskonstruktion. Es herrschte nicht nur Uneinigkeit über den wirtschaftspolitischen Kurs, sondern auch darüber, ob eine kontrollierte Öffnung und Liberalisierung des autoritären Regimes eingeleitet werden soll. Anders als in Chile und Uruguay konnten sich die Militärs auch nicht auf ein gemeinsames Verfassungsprojekt zur Absicherung ihrer Machtposition einigen. Unter dem seit Ende März 1981 als Präsident amtierenden

General Viola kam es zunächst zu einer Duldung informeller Aktivitäten der politischen Parteien. Daraufhin erfolgte im Juli 1981 die Bildung der *Multipartidaria* als Aktionsbündnis der Parteienopposition, an der sich die wichtigsten Parteien – neben Radikalen und Peronisten der *Movimiento de Integración y Desarrollo*, die *Democracia Cristiana* und der *Partido Intransigente* – beteiligten (Fontana 1984: 13). Mit seiner eingeschlagenen Liberalisierungsstrategie konnte sich Viola allerdings nicht gegen die *Hardliner* in den Reihen der Militärs durchsetzen mit der Konsequenz, dass er Ende 1981 nach nur neun Monaten im Amt gestürzt und durch General Galtieri ersetzt wurde. Dadurch konnte allerdings nicht verhindert werden, dass die Machtbasis der Militärs zunehmend erodierte; es kam auch in Argentinien zu einer wachsenden gesellschaftlichen Mobilisierung gegen die Militärdiktatur.

Auf der Suche nach neuen Quellen der Legitimationszufuhr entwickelten die Streitkräfte ein hohes Maß an destruktiver Kreativität. Und ihre Rechnung schien zunächst sogar aufzugehen: Mit der Invasion der seit 1833 von Großbritannien besetzten und von Argentinien beanspruchten, mehrere hundert Kilometer vor der Küste Argentiniens im Südatlantik liegenden Falkland/Malvinas-Inseln Anfang April 1982 lösten sie eine Welle nationalistischen Überschwangs in der argentinischen Gesellschaft aus und machten den Widerstand gegen die Diktatur vergessen. Auch die Parteien wurden von dieser Euphorie erfasst, die *Multipartidaria* solidarisierte sich mit der autoritären Regierung, und die politische Klasse ordnete sich wieder den Militärs unter (Carreras 1999: 101). Trotzdem blieben die mit der "Rückeroberung der Malvinas" beabsichtigten nachhaltigen herrschaftsstabilisierenden Effekte aus. Denn die Militärs hatten ihre Rechnung ohne die "Eiserne Lady" aus Großbritannien, Premierministerin Margaret Thatcher, gemacht. Sie nämlich ließ sich wider Erwarten nicht davon abschrecken, einen Krieg rund 10.000 km weit entfernt von London zu führen. Mitte Juni 1982 mussten die argentinischen Streitkräfte kapitulieren und waren damit auch auf ihrem ureigensten Terrain gescheitert.

In den folgenden Verhandlungen zwischen Noch-Machthabern und Vertretern aus Gewerkschaften und Parteien über die Ausgestaltung des Transitionsprozesses befanden sich die Militärs aufgrund des kompletten Legitimationsverlustes – sie waren politisch, wirtschaft-

lich, moralisch und sogar militärisch diskreditiert – in einer äußerst ungünstigen Verhandlungsposition, und es gelang ihnen infolgedessen auch nicht, den Machtwechsel mit konkreten Bedingungen zu verknüpfen. Die Parteien wiederum waren schon bald mit ihrem Wahlkampf für die auf den 30. Oktober 1983 festgesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beschäftigt. Faktisch beendet wurde die Militärdiktatur mit dem Amtsantritt von Raúl Alfonsín als Präsident am 10. Dezember 1983, der sich in den Oktober-Wahlen als Kandidat des Radikalismus überraschend deutlich gegen den peronistischen Bewerber um das Präsidentenamt hat durchsetzen können (Birle 1989: 57-64). Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die *Multipartidaria* bereits längst aufgelöst, “[...] ohne auch nur in einem Punkt eine gemeinsame Position bezogen zu haben, die der künftigen verfassungsmäßigen Regierung als politisches Startkapital hätte dienen können” (Bodemer/Carreras 1997: 180).

4. Konstanten und Veränderungen in den postautoritären Parteiensystemen

4.1 Postautoritäre Krätekonstellation: Parteien und Streitkräfte

4.1.1 Uruguay

Aus dem Transitionsprozess waren die uruguayischen Parteien insgesamt gestärkt hervorgegangen. Während es noch viele Unwägbarkeiten hinsichtlich der tatsächlichen Machtposition und der womöglich noch bestehenden Interventionsbereitschaft der Militärs gab, war die Ablehnung gegenüber den Streitkräften in der Bevölkerung ebenso eindeutig wie die positive Grundhaltung gegenüber den politischen Parteien. Deutlich dokumentiert wird dies durch eine im August 1985 durchgeführte Meinungsumfrage, in der das Vertrauen der Bevölkerung in neun Institutionen abgefragt wurde. An erster Stelle rangierten die politischen Parteien mit einem Wert von +57, an letzter Stelle die Streitkräfte mit -73. Lediglich 5% der Befragten empfanden gegenüber den Streitkräften überhaupt noch Sympathie (Linz/Stepan 1996: 158).

In den Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie deutete alles darauf hin, dass die Parteien zu ihrer zentralen, der demokratischen Tradition des Landes entsprechenden, weitgehend konkurrenzlosen Rolle als dominanter politischer Akteur zurückkehrten – mit einer

Ausnahme: Die politische Rolle der Militärs und deren Machtpotenzial blieb zunächst noch weitgehend ungeklärt. Dies lässt sich an der Frage nach dem Umgang mit den von den Militärs begangenen Menschenrechtsverletzungen als der zentralen gesellschaftspolitischen Konfliktlinie, die die politische Entwicklung Uruguays in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wesentlich prägte, verdeutlichen. Nach mehrjährigen intensiven Diskussionen, heftigen Auseinandersetzungen und vielfältigen Initiativen wurde im April 1989 das Ende 1986 im Parlament verabschiedete Hinfälligkeitsgesetz (*Ley de Caducidad de la Pretensión Punitiva del Estado*), welches Militärangehörigen für während der Diktatur begangene Menschenrechtsverletzungen Straffreiheit gewährte, per Volksentscheid bestätigt.³ Ein zentraler Erklärungsfaktor für dieses Abstimmungsverhalten ist ohne Zweifel die Ungewissheit hinsichtlich des Verhaltens der Militärs bei einem für sie ungünstigen Ausgang des Referendums und damit unmittelbar verbunden die Angst vor ähnlichen Bedrohungsszenarien, wie man sie im Nachbarland Argentinien erleben musste. Für die Folgezeit lässt sich aber eindeutig feststellen, dass die Streitkräfte, nachdem diese Frage zu ihren Gunsten entschieden worden war, als Veto-Akteur, als potenzieller Bündnispartner für andere kollektive Akteure oder als Konkurrent der Parteien nicht mehr in Erscheinung getreten sind. Es erfolgte eine Rückkehr zu dem traditionellen Muster der vordiktatorialen zivil-militärischen Beziehungen im Sinne einer klaren Unterordnung unter das Primat der Politik (Linz/Stepan 1996: 158; Wagner 1998: 26). Es gab in den neunziger Jahren bis heute weder Hinweise dahingehend, dass seitens der Streitkräfte irgendeine Form der Interventionsbereitschaft besteht, noch ernsthafte explizite oder implizite Drohungen und Forderungen aus ihren Reihen gegenüber dem demokratischen politischen System erhoben werden.

In ihrer großen Bedeutung als wichtigste gesellschaftspolitische Konfliktlinie im postautoritären Uruguay der achtziger Jahre hat die Menschenrechtsproblematik während dieser Zeit auch die inhaltliche Formierung der parteipolitischen Kräfte wesentlich beeinflusst: Wäh-

3 Die historische Relevanz dieser gesamten Problematik wird nicht zuletzt dadurch deutlich, dass hier erstmals in der Geschichte Uruguays von der von der Verfassung vorgegebenen Möglichkeit, per Plebiszit über ein Gesetz abzustimmen, das bereits formal in Kraft war, Gebrauch gemacht wurde. Ausführlicher zu den damaligen Ereignissen im Kontext des Referendums siehe Wagner (1991: 86-101).

rend die *Colorados*, allen voran die Regierung unter Präsident Sanguinetti, eindeutig als Befürworter des Hinfälligkeitsgesetzes auftraten, war der *Frente Amplio* ebenso klar als Kontrahent dieses Gesetzes zu identifizieren; die *Blancos* hingegen zeigten sich in dieser Frage tief gespalten. Wenngleich die Aktivitäten, die erforderlich waren, um die notwendigen Voraussetzungen zur Durchführung des Plebiszits zu schaffen, von einer eigens im Januar 1987 gegründeten, unabhängigen Organisation (*Comisión Nacional pro-Referéndum*) gesteuert und koordiniert wurden, bildeten auch bezüglich dieser Problematik die Parteien die zentralen Kanäle der Interessenartikulation. Ein tatsächlich strukturprägender Einfluss auf das Parteiensystem lässt sich aus der damaligen Konfliktkonstellation allerdings nicht ableiten.

4.1.2 Argentinien

Auch in Argentinien brachte der Transitionsprozess eine gesellschaftliche Aufwertung und Imageverbesserung für die politischen Parteien mit sich. Dies ist insofern bemerkenswert, als dort die Machtübernahme der Militärs 1976 sehr viel stärker als in Uruguay in einem Begründungszusammenhang mit dem Versagen der Parteien zu sehen ist. In Umfragen vom Mai 1984 (Catterberg 1989: 88), bei denen nach der Bewertung von vier Institutionen gefragt wurde, schnitten die politischen Parteien am besten ab: 84% bewerteten sie positiv. Die Streitkräfte erhielten hingegen die schlechteste Beurteilung, wurden aber immer noch von 55% positiv bewertet. Die Stimmung in der argentinischen Bevölkerung richtete sich weniger gegen die Streitkräfte verstanden als Institution, als vielmehr gegen die militärische Führungselite. Dies wird dadurch deutlich, dass in der erwähnten Umfrage im Unterschied zu dem relativ guten Wert für die Streitkräfte nur 12% die führenden Militärs positiv bewerteten. Allerdings schnitt auch die politische Klasse bei der Umfrage mit einer positiven Bewertung von 61% schlechter ab als die Institution "politische Parteien".

Die Ergebnisse des Autoritarismus und das vollständige Scheitern der regierenden Militärs haben nicht dazu geführt, dass diese im Zuge des Übergangs zur Demokratie ihre traditionelle Rolle als politischer Machtfaktor komplett eingebüßt haben. Auch wenn die Art des Übergangs als Kollaps bzw. Zusammenbruch (*ruptura*) einzustufen ist, darf nicht übersehen werden, dass vom Zeitpunkt der Niederlage im Falk-

land/Malvinas-Krieg bis zu den Wahlen immerhin eineinhalb Jahre vergangen sind. D.h. während dieser Zeit blieben die Militärs als autoritäre Machthaber an der Regierung, ihnen kam demzufolge auch weiter zentrale Bedeutung im politischen Prozess zu, ohne jedoch den Übergangsprozess so steuern zu können, dass er an bestimmte Bedingungen hätte geknüpft werden können. Die Militärs waren nicht nur durch interne Konflikte weiter geschwächt, sondern befanden sich darüber hinaus auch in einer politisch weitgehend isolierten Situation, d.h. ohne Verbündete, aber auch ohne Feinde (Fontana 1984: 35). Die Parteien, die die Streitkräfte im Falkland/Malvinas-Krieg klar unterstützt hatten, schlugen keinen Konfrontationskurs gegen die Militärs ein, sondern beschränkten sich darauf, deren Forderungen, Vorschläge und Angebote zurückzuweisen. Dreimal gab es im Transitionsprozess ein konkretes Paktangebot der Militärs, dreimal wurde dies von den Parteien abgelehnt (Linz/Stepan 1996: 193).

Nach dem Übergang zur Demokratie wurde schnell klar, dass die Militärs nicht bereit waren, ihre traditionelle Rolle als Machtfaktor ohne weiteres aufzugeben. Anders als in Uruguay riskierte die erste postautoritäre Regierung unter Präsident Alfonsín tatsächlich die Machtprobe mit den Militärs. U.a. wurden führende Mitglieder der Militärjunta wegen Menschenrechtsverletzungen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Dies und weitere Maßnahmen, mit denen die zivile Suprematie hergestellt werden sollte, provozierten allerdings den erbitterten Widerstand der Militärs. Es kam aus den Reihen der Streitkräfte zu diversen Machtdemonstrationen gegen die Regierung in Form von Aufständen, Rebellionen und Revolten (Wagner 1998: 25). Erst unter der Nachfolgeregierung unter Präsident Menem ab Mitte 1989 kam es zu einer "Ruhigstellung" der Militärs. Seine Strategie entsprach – in der konkreten Durchführung zwar anders, in Inhalt, Intention und Ergebnis allerdings durchaus ähnlich wie die Strategie von Präsident Sanguinetti in Uruguay – einem Tauschhandel mit den Militärs: Begnadigung aller Militärangehörigen, die wegen Menschenrechtsverletzungen, Rebellion, Meuterei usw. angeklagt bzw. verurteilt worden waren, gegen die Verpflichtung der Militärs, sich der demokratisch gewählten Regierung unterzuordnen. Als funktionales Äquivalent und ernsthafter Konkurrent der Parteien, wie dies in der Vergangenheit üblich war, sind die Streitkräfte seitdem nicht mehr in Erscheinung getreten. Und dies ist durchaus als ein Novum in der

argentinischen Politik zu begreifen, die jahrzehntelang von dem Militär als potentem Veto-Akteur geprägt worden war. Für das Parteiensystem hatte weder der Konflikt Militär *versus* zivile Regierung noch das unter Menem getroffene Arrangement mit den Streitkräften eine wirklich strukturprägende Bedeutung.

4.2 Wahlen und Entwicklung der Parteiensysteme Mitte der achtziger Jahre bis 2005

4.2.1 Uruguay

Bezüglich der Ausgestaltung des Parteiensystems bestätigte das Wahlergebnis von 1984 das Ende der Ära des Zweiparteiensystems. Zwar blieben *Colorados* und *Blancos* mit 41,22% bzw. 35,04% die stärksten Kräfte, der *Frente Amplio* aber konnte seine Position behaupten und seinen Stimmenanteil gegenüber den letzten Wahlen von 1971 um rund drei Prozentpunkte auf nun 21,26% der Stimmen steigern (Marius 2004: 74). In der Folgezeit kam es zunächst zu einer weiteren Verfestigung dieses Zweieinhalbparteiensystems, wobei sich jedoch gleichzeitig der Trend zu einem Dreiparteiensystem andeutete. Ein erster entscheidender Schritt in diese Richtung stellten bereits die Wahlen von 1989 dar, obschon auf den ersten Blick das pure Wahlergebnis auf nationaler Ebene eher für eine Stagnation des *Frente Amplio* spricht. Denn der *Frente Amplio* erzielte mit 21,23% der Stimmen sogar ein geringfügig schlechteres Ergebnis als fünf Jahre zuvor. Die Tendenz zu einem Dreiparteiensystem wird allerdings durch folgende Umstände im Kontext der 1989er Wahlen bestätigt: Erstens konnte der *Frente Amplio* im Vergleich zu 1984 den Abstand zu den *Colorados* als der hegemonialen parteipolitischen Kraft der Vergangenheit von rund 20 Prozentpunkte auf rund neun Prozentpunkte verringern. Zweitens hatte der *Frente Amplio* den genannten Stimmenanteil erzielen können, obwohl es im Vorfeld der Wahlen zur Spaltung gekommen war: Mit dem *Partido Por el Gobierno del Pueblo* (PGP) und dem *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) waren die beiden Parteien aus dem Linksbündnis ausgeschieden, aus denen sich 1984 noch fast die Hälfte der gesamten Wählerschaft des *Frente Amplio* rekrutiert hatte.⁴ Drittens konnte der *Frente Amplio* 1989 die

4 Beide formierten zusammen mit der kleinen *Unión Cívica* den sozialdemokratisch ausgerichteten *Nuevo Espacio*, der 1989 aus dem Stand 9% der Stimmen er-

Departementswahlen in Montevideo für sich entscheiden, was insofern historische Bedeutung hatte, als es damit erstmals einer parteipolitischen Kraft gelungen war, das Machtmonopol von *Colorados* und *Blancos* zu durchbrechen. Der Kandidat des *Frente Amplio*, der Sozialist Tabaré Vázquez, wurde zum *Intendente* von Montevideo gewählt und übernahm damit das im Prinzip nach dem Staatspräsidenten zweitwichtigste politische Amt in Uruguay. Und schließlich hatten viertens die Wahlen hinsichtlich der Ausgestaltung des Parteiensystems und der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien auch insofern einschneidenden Charakter, als sie auf nationaler Ebene das Ende der hegemonialen Stellung der *Colorados* brachten. Bis dahin hatten diese im Rahmen der präsidial verfassten Republik im 20. Jahrhundert immer den Staatspräsidenten gestellt. Nun allerdings konnten die *Blancos* mit einem deutlichen Vorsprung von fast neun Prozentpunkten gegenüber den *Colorados* (38,9% gegenüber 30,3%) die Wahlen für sich entscheiden (Wagner 1991: 144). Staatspräsident wurde der *Blanco* Luis Alberto Lacalle (Amtszeit 1990-1995).

Faktisch auch rein vom Wahlergebnis war mit den Wahlen 1994 der sich über Jahrzehnte vollziehende Übergang vom Zwei- über das Zweieinhalb- zum Dreiparteiensystem vollzogen. Mit 32,39% (*Partido Colorado*), 31,21% (*Partido Nacional*) und 30,61% (*Frente Amplio*) lagen die drei Parteien Kopf an Kopf (Marius 2004: 190). In dieser Pattsituation mit drei gleich starken parteipolitischen Kräften kam es zum Zweck der Bildung einer tragfähigen Regierung – und zur Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der beiden traditionellen Parteien auf nationaler Ebene – zu einem “Novum in der uruguayischen Geschichte” (Bodemer 1995: 159): Als neue Ausprägung des alten *Coparticipación*-Prinzips kam eine Koalitionsregierung unter der Führung von Julio María Sanguinetti, der bereits von 1985 bis 1990 Staatspräsident war, mit Beteiligung aller Fraktionen von *Colorados* und *Blancos* zustande.

zielen konnte, danach aber wieder an Bedeutung verlor (1994: 5,16%; 1999: 4,45%); vgl. Marius (2004: 130, 190, 276). 1994 spaltete sich der PGP und ein Teil schloss sich den *Colorados* an; der christdemokratische PDC scherte komplett aus und ging ein erneutes Bündnis mit dem *Frente Amplio* und einer linken Abspaltung der *Blancos* unter dem Namen *Encuentro Progresista* ein. 2002 schließlich kehrte der “Rest” des *Nuevo Espacio* zum *Frente Amplio* zurück; zusammen trat man zu den Wahlen 2004 als *Encuentro Progresista-Frente Amplio/Nueva Mayoría* an.

Das Parteiensystem blieb aber, wie die beiden folgenden Wahlen 1999 und 2004 zeigten, im Umbruch mit einem eindeutigen Trend zuungunsten der Parteien, die die große Koalition gebildet hatten, und zugunsten des *Frente Amplio*. Diesen Wahlen ging 1996 eine Wahlrechtsreform voraus, mit der das Wahlsystem an die Gegebenheiten und Erfordernisse der aktuellen Demokratie angepasst wurde. Die Reform brachte den Wählern nicht nur größere Partizipationsmöglichkeiten durch die Abschaffung der Verknüpfung von nationaler und departementaler Wahl, sondern auch eine Vereinfachung und gesteigerte Transparenz des Wahlaktes und beseitigte mit den *Leyes de Lema* auf nationaler Ebene eine – gerade von der Linken immer wieder thematisierte – wahlssystembedingte Ungerechtigkeit: Die Möglichkeit der Stimmenakkumulation verschiedener Präsidentschaftskandidaten unter dem Dach einer Partei wurde abgeschafft; jede Partei muss sich nun in parteiinternen Vorwahlen auf jeweils einen Kandidaten einigen. Um im ersten Wahlgang siegreich aus den Präsidentschaftswahlen hervorzugehen, ist die absolute Mehrheit der Stimmen erforderlich. Wird diese von keinem der Kandidaten erreicht, so erfolgt im zweiten Wahlgang eine Stichwahl (Ballotage) zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen.

Bei den erstmals auf der Grundlage des reformierten Wahlsystems im Jahr 1999 durchgeführten Wahlen realisierten sich die Bedenken des *Frente Amplio*, dass sich die Wahlrechtsreform zunächst zu seinem Nachteil auswirkt. Zwar war der *Frente Amplio* – jetzt unter dem Namen *Encuentro Progresista-Frente Amplio* – mit einem Zuwachs um rund 8,6 Prozentpunkte auf 39,19% eindeutig der Wahlsieger und wurde erstmals auf nationaler Ebene stärkste Partei, eine Regierungsübernahme der Linken scheiterte allerdings an einem informellen Bündnis der beiden traditionellen Parteien. Da keine der Parteien im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit hatte erreichen können,⁵ wurde eine Stichwahl erforderlich. Zwar konnte der *Frente Amplio* im zweiten Wahlgang seinen Stimmenanteil noch einmal deutlich auf 44,53% steigern, war aber gegenüber einer vor der Stichwahl getroffenen Koalitionsvereinbarung zwischen *Colorados* und *Blancos*, auf-

5 Die *Colorados* erzielten 32,02% und mussten nur geringfügige Verluste im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen hinnehmen, während die *Blancos* mit einem Stimmeneinbruch und einem Rückgang von fast zehn Prozentpunkten auf 21,79% konfrontiert waren (vgl. Marius 2004: 276).

grund derer der *Colorado*-Kandidat Jorge Batlle mit 52,26% der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde (Marius 2004: 288), chancenlos. Damit setzte sich der Trend der Wahlen von 1994 fort:

Das bestehende System aus drei ungefähr stimmengleichen Parteien mit unterschiedlichen Programmen und einem unterschiedlichen Staatsverständnis, die jedoch bezüglich des Respekts der parlamentarisch-demokratischen Spielregeln übereinstimmen, verändert sich zu zwei Blöcken (Schonebohm 1999: 201/202).

Diese Blockbildung besteht bis heute fort, allerdings aufgrund des Wahlergebnis von 2004 unter geänderten Vorzeichen: Die *Colorados* als ehemals hegemoniale parteipolitische Kraft mussten 2004 eine verheerende und beispiellose Niederlage mit dramatischen Verlusten von über 20 Prozentpunkten hinnehmen und kamen nur noch auf katastrophale 10,4% (vgl. hierzu und zu den folgenden Wahlergebnissen für 2004 *Corte Electoral* 2005). Die *Blancos* wiederum konnten deutlich gegenüber den vorherigen Wahlen zulegen, erzielten mit 34,3% ein im historischen Längsschnitt allerdings nur durchschnittliches Ergebnis. Der kontinuierliche Aufwärtstrend der jetzt unter der Bezeichnung *Encuentro Progresista-Frente Amplio/Nueva Mayoría* angetretenen Linkspartei hatte sich hingegen ungebrochen fortgesetzt: Mit einem erneuten deutlichen Zuwachs gelang es ihr, die absolute Mehrheit (50,4%) zu erringen, was zuletzt genau ein halbes Jahrhundert zuvor, also 1954, den *Colorados* gelungen war. Eine Stichwahl, in der sich die beiden traditionellen Parteien zum Zwecke der Macht-sicherung erneut hätten verbünden können, war damit hinfällig geworden. Dieses Wahlergebnis bedeutete nicht weniger als das "Ende einer Dynastie" (Arocena 2003: 16).

In welche Richtung sich das Parteiensystem weiter entwickelt, dürfte nun in erster Linie von der Amtsführung von Tabaré Vázquez, der seit dem 1. Mai 2005 als erster einer linken Partei angehörender Staatspräsident in der Geschichte Uruguays amtiert, und den Erfolgen bzw. Misserfolgen seiner Regierungspolitik abhängen. Unbeeinflusst davon blieben noch die Regionalwahlen am 8. Mai 2005, bei denen die Linke auch die letzte Vormachtsstellung der beiden traditionellen Parteien durchbrechen konnte. Bis dahin galt eine klare Kluft zwischen der seit 1989 durchgängig vom *Frente Amplio* regierten Hauptstadt Montevideo einerseits und den 18 von den beiden traditionellen Parteien regierten *Departamentos* des Landesinnern andererseits. Bei

den Wahlen im Jahr 2005 konnte das Linksbündnis nicht nur zum vierten Mal in Folge die Wahlen in Montevideo, sondern erstmals auch in sieben weiteren *Departamentos* (Canelones, Rocha, Paysandú, Maldonado, Treinta y Tres, Florida und Salto) für sich entscheiden.

4.2.2 Argentinien

Während das Wahlergebnis der *founding elections* 1984 in Uruguay in einer klaren Kontinuität zu dem der letzten Wahlen dreizehn Jahre zuvor stand, brachten die ersten Wahlen von 1983 in Argentinien für das Parteiensystem eine entscheidende Neuerung mit sich. Zunächst lässt sich allerdings sehr wohl eine Kontinuität insofern feststellen, als Peronismus und Radikalismus weiterhin die zentralen parteipolitischen Akteure darstellten. Bei den Präsidentschaftswahlen kamen beide zusammen auf knapp 92% der Stimmen, nämlich der *Partido Justicialista* (PJ) auf 40,2% und die *Unión Cívica Radical* (UCR) auf 51,7%, bei den Parlamentswahlen gemeinsam immerhin noch auf 86,5% (PJ 38,5%, UCR 48,0%),⁶ so dass hier von einer Verfestigung des Zweiparteiensystems gesprochen werden kann. Mit dem Wahlsieg des UCR-Präsidentschaftskandidaten Raúl Alfonsín war aber erstmals das “eiserne Gesetz” der argentinischen Politik gebrochen worden, nach dem die Peronisten immer als Sieger aus freien Wahlen hervorgehen.

Im Binnenverhältnis der beiden großen Parteien deutete in der Folgezeit noch vieles darauf hin, dass der – trotz der Anfang der siebziger Jahre erfolgten Annäherung im Rahmen der *Hora del Pueblo* – in der politischen Kultur Argentiniens verwurzelte *Movimiento* weiter Bestand hat. Die alte Vorstellung, sich als hegemoniale Kraft und nationale Bewegung mit Alleinvertretungsanspruch konstituieren zu können, erhielt in Reihen der UCR zusätzlich dadurch Auftrieb, dass bei den Parlamentswahlen 1985 der PJ nur noch auf 34,9% kam. Allerdings geriet der UCR und der als Hoffnungsträger ins Präsidentenamt gestartete Alfonsín im Laufe seiner Amtszeit nicht nur durch die wiederholten Machtproben mit den Streitkräften, sondern vor al-

⁶ Vgl. hierzu sowie zu den im Folgenden angegebenen Wahlergebnissen, soweit nicht anders angegeben, Ministerio del Interior (2005). Als Parlamentswahlen werden im Folgenden die in zweijährigem Rhythmus stattfindenden Teilwahlen zum Abgeordnetenhaus bezeichnet.

lem auch durch die zunehmend krisenhafte Wirtschaftsentwicklung immer stärker unter Druck. Schon die Parlamentswahlen von 1987 zeigten eine klare Entwicklung weg von der UCR als hegemonialer Kraft zugunsten des PJ, der mit einem Vorsprung von über vier Prozentpunkten vor der UCR die Wahlen für sich entscheiden konnte. Gleichzeitig bestätigte sich die bereits 1985 eröffnete Option der Etablierung einer kleineren, dritten parteipolitischen Kraft. Während 1985 der *Partido Intransigente* auf einen Stimmenanteil von 6,1% gekommen war, erzielte nun die *Unión del Centro Democrático* (UCeDé) 5,8%, die als konservativ-liberale Partei vor allem die Interessen der Rechten im Parteienspektrum repräsentierte und kanalisierte (Carreras 1996: 255).

Beide Trends setzten sich bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1989 fort: Während die UCeDé mit 6,9% bzw. 9,6% ihre Position als dritte parteipolitische Kraft ausbaute, konnte der PJ mit Carlos Menem an der Spitze die Präsidentschaftswahlen deutlich mit 47,5% vor der UCR (nur noch 32,4%) gewinnen und sich auch bei den Parlamentswahlen mit 44,7% gegenüber 28,7% für die UCR klar als stärkste Partei behaupten. Auch die zweiten postautoritären Präsidentschaftswahlen hatten somit für ein Novum in der argentinischen Politik gesorgt: Zum ersten Mal kam es durch freie Wahlen zu einem Regierungswechsel, und die Opposition löste im Rahmen demokratischer Spielregeln die Regierung ab. Wirtschaftskrise und Hyperinflation führten nicht zu einem Eingreifen der Militärs, sondern dazu, dass sich Alfonsín und Menem in Verhandlungen auf einen vorgezogenen Regierungswechsel von Dezember auf Juli 1989 einigten. Für das Parteiensystem insgesamt lässt sich feststellen, dass es als Arena der Konfliktregulierung an Bedeutung gewonnen hat (Thibaut 1996: 251).

Während bei den folgenden Parlamentswahlen 1991 und 1993 die Vormachtstellung des PJ mit einem Vorsprung von jeweils über zehn Prozentpunkten vor der UCR eine klare Bestätigung fand, konnte sich hingegen die UCeDé ebenso wenig wie zuvor der *Partido Intransigente* als dritte Partei dauerhaft etablieren. Stattdessen formierte sich im Vorfeld der Wahlen 1995 das Mitte-Links-Bündnis *Frente País Solidario* (FREPASO) als Zusammenschluss einer Abspaltung der Peronisten, enttäuschter UCR-Mitglieder, Christdemokraten und anderer, kleinerer Gruppierungen. Den Wahlen ging 1994 eine Verfassungsreform voraus, mit der u.a. die Position eines Kabinettschefs

eingeführt und die Amtszeit des Staatspräsidenten von sechs auf vier Jahre verringert wurde. Wahlrecht und Wahlmodus wurden insofern geändert, als die einmalige, direkte Wiederwahl des amtierenden Präsidenten ermöglicht sowie die Wahl des Präsidenten durch ein Wahlmännergremium abgeschafft und durch die Direktwahl des Präsidenten mit der Möglichkeit eines zweiten Wahlgangs (Stichwahl) ersetzt wurde (Jackisch 1996: 127). Diese Verfassungsreform basierte auf dem *Pacto de Olivos* vom November 1993, der von manchen Beobachtern als Ausdruck einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zwischen Peronisten und Radikalen interpretiert wurde. Tatsächlich aber kam dieser Pakt nicht durch ein Übereinkommen der beiden Parteien zustande, sondern war das Ergebnis von geheimen Verhandlungen zwischen

[...] einem von der Idee seiner Wiederwahl besessenen Menem und einem Alfonsín, der zu jenem Zeitpunkt noch nicht einmal ein Parteiamt innehatte, das ihn zur Teilnahme an solchen Verhandlungen mit dem amtierenden Präsidenten berechtigt hätte (Carreras 1997: 165).

Hinsichtlich der Ausgestaltung des Parteiensystems führten die Wahlen 1995 zu einer Stärkung der dominanten Stellung der Peronisten. Die Präsidentschaftswahlen konnte Menem trotz seiner mehr als zweifelhaften Regierungspraxis, die aufgrund seines ausgeprägten Dekretismus unter Umgehung der Legislative das damalige Argentinien zu einem Paradebeispiel einer delegativen Demokratie werden ließ (O'Donnell 1994), mit 44,9% eindeutig für sich entscheiden. Und auch die dritten postautoritären Präsidentschaftswahlen sorgten für ein Novum in der argentinischen Politik: Dem FREPASO war es wie bisher keiner anderen Partei gelungen, das alte Zweiparteiensystem aufzubrechen. Bei den Präsidentschaftswahlen lag er mit 29,2% deutlich vor der UCR, die mit 16,8% eine verheerende Niederlage hinnehmen musste. Bei den Parlamentswahlen lagen beide fast gleichauf (UCR 21,7%, FREPASO 21,1%), allerdings auch hier mit weitem Abstand hinter dem PJ (43,0%).

Angesichts der Übermacht des PJ entschlossen sich UCR und FREPASO trotz z.T. heftiger interner Widerstände im Vorfeld der Parlamentswahlen 1997 zur Bildung des Wahlbündnisses *Alianza para el Trabajo, la Justicia y la Educación* (Birle 2002b: 230-233). Tatsächlich konnten mit dieser Strategie die Wahlen gewonnen werden: Die *Alianza* erreichte 45,6% der Stimmen und konnte den PJ mit

36,3% auf deutlicher Distanz halten. Bei den Parlamentswahlen 1999 vergrößerte sich noch einmal der Abstand zwischen beiden (45,5% gegenüber 33%). Als Parteineugründung des früheren Wirtschaftsministers Domingo Cavalla erzielte die neoliberal-konservative *Acción por la República* (AR) 8%. Die Präsidentschaftswahlen 1999 führten erneut zu einem demokratischen Machtwechsel: Die *Alianza* erreichte mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Fernando de la Rúa (UCR) 48,4%. Eduardo Duhalde erzielte für den PJ 38,3% und damit das schlechteste Resultat aller bisherigen peronistischen Präsidentschaftskandidaten, die AR kam auf 10,2%.

Als ein Zwischenfazit lässt sich ziehen, dass sich in den Jahren nach dem Übergang zur Demokratie auch in Argentinien die Parteien als zentrale politische Akteure konsolidiert haben. Im Verhältnis der Parteien zueinander hat insofern eine positive Veränderung stattgefunden, als sie sich nunmehr – anders als es in der Vergangenheit des *Movimiento* üblich war – als legitime Gegenspieler im politischen Prozess akzeptierten (Carreras 1997: 164; McGuire 1995: 222). Eine Gesamteinschätzung des Parteiensystems muss jedoch trotz dieser positiven Entwicklungen negativ ausfallen, denn die Parteien waren Ende der neunziger Jahre weiterhin

[...] geprägt durch einen extremen Personalismus, fehlende programmatische Diskussionen und Festlegungen, eine große Distanz zwischen Führungseliten und Basis, zentralistische, klientelistische und oft wenig transparente Entscheidungsstrukturen und – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ebenso wenig transparente Mechanismen zur Bestimmung von Kandidaten für Parteiämter und öffentliche Wahlämter (Birle 2002b: 236-237).

Die Brüchigkeit der Koalitionsregierung von UCR und FREPASO deutete sich schon bald nach dem Regierungswechsel an. Nach nur zehn Monaten im Amt trat Carlos Álvarez vom FREPASO im Oktober 2000 vom Amt des Vize-Präsidenten zurück. Zwar trat die *Alianza* bei den Parlamentswahlen 2001 trotz interner Differenzen noch einmal an, musste aber im Zuge einer sich dramatisch zuspitzenden Wirtschaftskrise eine klare Niederlage hinnehmen. Die *Alianza* kam nur noch auf 23,1%, stärkste Partei wurde erneut der PJ mit 37,4%. Der AR erlebte ebenfalls einen deutlichen Stimmeneinbruch (1,3%), hingegen konnte die erst im Dezember 2000 von *Alianza*-Dissidenten und Mitgliedern des *Partido Socialista Democrático* gegründete *Alternativa*

tiva por una República de Iguales (ARI) 7,2% erringen (Georgetown University 2005).

In der Folgezeit spitzte sich die über Jahre anhaltende Rezession zur schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte Argentiniens zu. Der Unmut der Bevölkerung mündete in zum Teil gewaltsame Massendemonstrationen und Plünderungen. Präsident de la Rúa sah sich gezwungen, am 20. Dezember 2001 zurückzutreten. Damit konnte auch der zweite Präsident aus den Reihen der UCR seine Regierungszeit nicht regulär zu Ende bringen. In den folgenden Tagen amtierten in einem Klima des sozialen, politischen und ökonomischen Chaos drei Interimspräsidenten, bis der Kongress am 1. Januar 2002 den bei den Präsidentschaftswahlen 1999 noch unterlegenen PJ-Kandidaten Eduardo Duhalde zum Übergangspräsidenten wählte. Nach einem halben Jahr im Amt verkündete Duhalde vorgezogene Präsidentschaftswahlen für April 2003.

Die Wahlen 2003 brachten völlig neue Konstellationen und eine Zersplitterung der Parteienlandschaft mit sich. Es traten insgesamt 18 Bewerber um das Amt des Präsidenten an, drei davon kamen vom PJ, der sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten hatte einigen können. Die meisten Stimmen mit 24,4% erzielte Ex-Präsident Carlos Menem (PJ), der von der Mehrheit der Bevölkerung für Korruption, Wirtschaftskrise und die katastrophalen sozialen Folgen seiner neoliberalistischen Wirtschaftspolitik in den neunziger Jahren verantwortlich gemacht wurde und 2001 wegen illegalen Waffenschmuggels während seiner Amtszeit unter Hausarrest gestanden hatte. Er war als Kandidat eines Bündnisses aus *Frente por la Lealtad* und UCeDé angetreten, erklärte aber am 14. Mai 2003 seinen Verzicht auf die für den 18. Mai 2003 anberaumte Stichwahl. Beobachter hielten einen Sieg Menems zuvor schon für unwahrscheinlich, weil sein Wählerpotenzial als ausgeschöpft galt. Verfassungsgemäß wurde der Kandidat mit den zweitmeisten Stimmen, Néstor Kirchner (ebenfalls PJ), auf den 22,2% der Stimmen entfallen waren und für dessen Unterstützung der *Frente para la Victoria* gegründet worden war, automatisch zum Präsidenten ernannt. Kirchner hatte bereits im März seine Absicht erklärt, notfalls mit Adolfo Rodríguez Saá, dem dritten peronistischen Bewerber, ein Bündnis einzugehen, um einen Sieg Menems zu verhindern. Mit 14,1% belegte Saá nach dem Wirtschaftsliberalen Ricardo López Murphy (*Movimiento Federal para Recrear el Crecimiento*,

MFRC, gegründet 2003) mit 16,4% den vierten Platz, knapp gefolgt von der linken Kandidatin Elisa Carrío (ARI) mit 14,0%. Die UCR mit Leopoldo Moreau war zu einer Splitterpartei verkommen und landete mit 2,3% der Stimmen abgeschlagen auf dem sechsten Platz. (Llanos/Nolte 2003; Wagner 2004a; Ministerio del Interior 2005).

Die Dominanz des Peronismus bei gleichzeitiger interner Faktionalisierung wurde auch durch die Parlamentsteilwahlen Ende Oktober 2005 bestätigt, die dadurch charakterisiert waren, dass im Wesentlichen zwei Peronisten um die Gunst der Wähler und gleichzeitig um die Vorherrschaft in der PJ konkurrierten, nämlich Ex-Präsident Duhalde und der amtierende Präsident Kirchner. Dieser Zweikampf, den Kirchner insgesamt für sich entscheiden konnte, gipfelte im Kampf der Ehefrauen von Kirchner und Duhalde um einen Senatssitz in der Provinz Buenos Aires.

5. Fazit

Seit der Installierung demokratischer politischer Systeme in der ersten Hälfte der achtziger Jahre haben sich die Parteien und Parteiensysteme in Argentinien und Uruguay in eine Richtung entwickelt, die eine Reihe von Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten aufweist. In einem demokratischen institutionellen Kontext, in dessen Rahmen jeweils mehrere Macht- und Regierungswechsel durch Wahlen stattgefunden haben, nehmen die Parteien heute die Rolle als zentrale politische Akteure ein. Den Militärs als den ehemaligen Machthabern kommt als Veto-Akteure keine Bedeutung mehr zu, selbst in ausgeprägten Krisensituationen, wie in Argentinien Ende 2001, kam es zu keinen Interventionsversuchen der Streitkräfte in den politischen Prozess. Auch andere kollektive Akteure treten nicht in ernsthafte Konkurrenz zu den Parteien, es existieren praktisch keine wirklichen funktionalen Äquivalente. Das Verhältnis der Parteien untereinander ist von gegenseitiger Akzeptanz insofern geprägt, als die Legitimität des parteipolitischen Gegners nicht wechselseitig in Frage gestellt wird. Dies alles sind positive, der demokratischen Entwicklung grundsätzlich zuträgliche Faktoren, die aus einer historischen Perspektive für Argentinien – anders als für Uruguay – ein neues Phänomen darstellen und sich deutlich von den Zeiten des *impossible game* (O'Donnell 1973: 166-200) unterscheiden. In beiden Ländern funktioniert das demokratische

Spiel insofern, als Unzufriedenheit mit der Politik nicht in eine grundsätzliche Systemunzufriedenheit oder gar Ablehnung der Demokratie mündet, sondern demokratischen Gepflogenheiten entsprechend in der Abwahl der Regierung.

Zu den Gemeinsamkeiten zählt des Weiteren, dass traditionsreiche Parteien, die in beiden Ländern jeweils die ersten postautoritären Regierungen gestellt haben, nach den letzten Wahlergebnissen fast zu Randerscheinungen verkommen sind, wobei sich hier die Entwicklungen in Argentinien extremer gestalten als in Uruguay. Während in Uruguay der bei den Präsidentschaftswahlen 2004 von den Wählern abgestrafte *Partido Colorado* ohne Zweifel seinen Platz im Parteiensystem wird behaupten können, gestaltet sich im Vergleich dazu die Zukunft der UCR in Argentinien sehr viel düsterer. Weitere Parallelen hinsichtlich der Parteiensysteme bestehen im Aufkommen neuer Parteien mit – vor allem in Argentinien – beachtlichen Wahlerfolgen, die sich aber nicht dauerhaft als eigenständige politische Kräfte haben etablieren können. Darüber hinaus haben in beiden Ländern institutionelle Anpassungen in Form von Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen stattgefunden, die sich zwar im Einzelnen auf die Konfiguration des Parteiensystems ausgewirkt, aber keine entscheidenden strukturprägenden Effekte gehabt haben.

Aktuell sind beide Parteiensysteme durch die Dominanz jeweils einer parteipolitischen Kraft geprägt. In Argentinien scheint zunächst die hegemoniale Position des Peronismus prinzipiell eine gewohnte Erscheinung darzustellen, die vielleicht sogar an die Zeiten, in denen das "eiserne Gesetz" der argentinischen Politik Gültigkeit hatte, erinnern mag. Als ein wesentlicher Unterschied stellt allerdings seit 1983 – anders als in den Jahrzehnten vor der Militärdiktatur – die Stärke des Peronismus keine Quelle für die Instabilität des politischen Systems mehr dar (Levitsky 2005: 71). Für Uruguay ist die aktuelle Vormachtstellung des *Frente Amplio* eine neue Erfahrung, die das Ergebnis eines Anfang der siebziger Jahre begonnenen Prozesses ist, der sich in einer stetigen Entwicklung über drei Jahrzehnte, unterbrochen durch die Militärdiktatur, vollzogen hat. D.h. anders als in Argentinien hat sich hier über Jahrzehnte in einer langsamen, stetigen Entwicklung eine Alternative zu den traditionellen parteipolitischen Kräften herausgebildet, die auch über eine eigene Tradition und Geschichte sowie eine ausgeprägte gesellschaftliche Verankerung verfügt. Damit

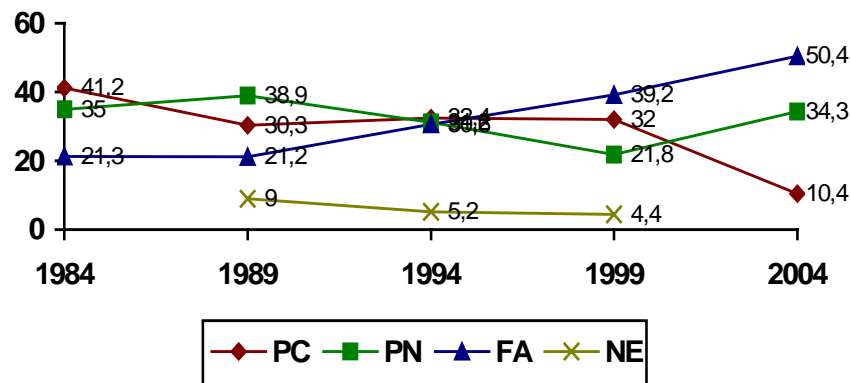
hebt sich der *Frente Amplio* klar ab von den von Einzelpersonen initiierten *ad hoc*-Partei Gründungen in anderen lateinamerikanischen Ländern, bei denen es sich oft nur um als Parteien getarnte Wahlmaschinen zum Zweck des individuellen Machterwerbs handelt.

Bei allen hier erwähnten Gemeinsamkeiten zwischen den argentinischen und uruguayischen Parteien bzw. Parteiensystemen bestehen aber neben den bereits angedeuteten Verschiedenheiten eine Reihe weiterer Unterschiede, von denen hier abschließend nur einige grundlegende kurz genannt werden sollen. Dazu gehören der höhere Fragmentierungsgrad des argentinischen Parteiensystems ebenso wie die größere parteiinterne Faktionalisierung und die deutlich personalistischere Ausrichtung der argentinischen gegenüber den uruguayischen Parteien. Während der *Frente Amplio* als derzeitige dominierende Kraft im uruguayischen Parteiensystem trotz der Existenz verschiedener Strömungen durchaus als Einheit zu identifizieren ist, stellt sich der Peronismus als gespalten und führungslos dar. Er erinnert an ein Sammelbecken verschiedener politisch ambitionierter Politiker, die unter dem gemeinsamen Dach des Peronismus in erster Linie jeweils eigene Machtambitionen durchzusetzen gedenken.

Das uruguayische Parteiensystem erscheint in einer Art und Weise institutionalisiert, dass es zur Entwicklung der Demokratie beiträgt, indem es keine starke, stabilitätsgefährdende Polarisierung und Fragmentierung aufweist sowie gleichzeitig in diesem Rahmen dem Wähler immer noch ausreichend Alternativen bei der Auswahl des Herrschaftspersonals bietet. Zudem haben sich seit Ende der achtziger Jahre direktdemokratische Mechanismen entwickelt, die der Bevölkerung zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten bieten und auch als Instrument oppositioneller Politik an Bedeutung gewonnen haben (Wagner i.E.). Ein institutionalisiertes Parteiensystem, eingebettet in eine traditionell konsensdemokratisch geprägte politische Kultur in Kombination mit ausgeprägter Rechtsstaatlichkeit, verleiht der uruguayischen Demokratie eine Qualität, von der Argentinien trotz einer insgesamt bemerkenswerten Krisenresistenz der Demokratie und aller im historischen Längsschnitt festzustellenden Fortschritte noch weit entfernt ist.

Anhang

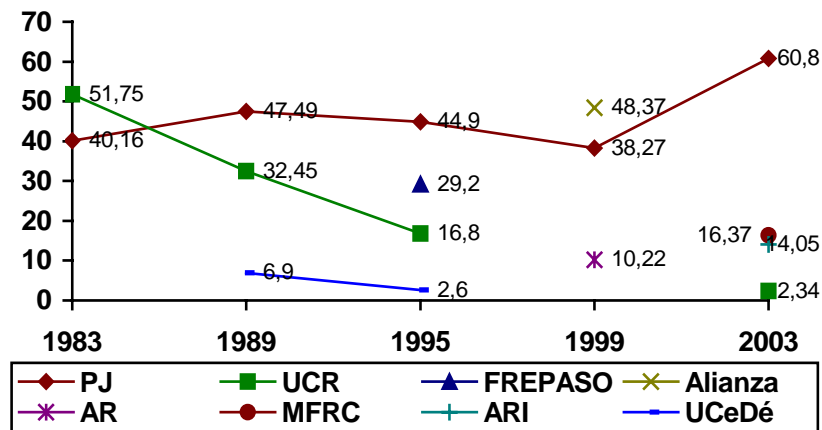
Abbildung 1: Nationale Wahlen (Präsident und Parlament) in Uruguay: Ergebnisse 1984-2004 (in %)



Quellen: Marius (2004: 74, 130, 190, 276); Corte Electoral (2005).

Erläuterung: *Frente Amplio* 1999 angetreten als *Encuentro Progresista-Frente Amplio* und 2004 als *Encuentro Progresista-Frente Amplio/Nueva Mayoría*.

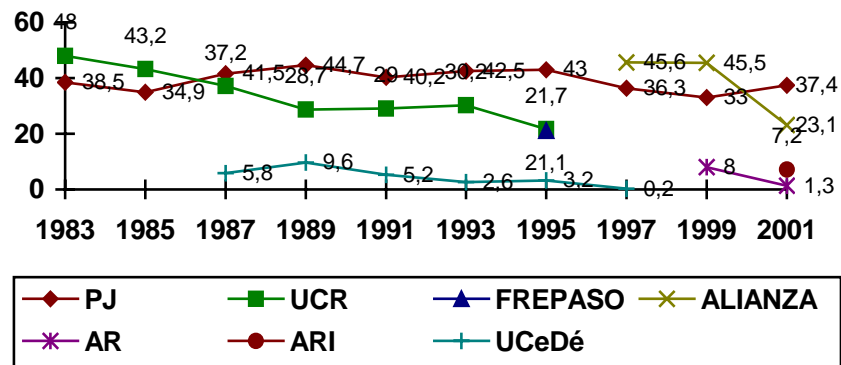
Abbildung 2: Präsidentschaftswahlen in Argentinien 1983-2003



Quelle: Ministerio del Interior (2005).

Erläuterung: 2003 traten drei peronistische Präsidentschaftskandidaten an, deren Ergebnis hier zusammengezählt wurde.

**Abbildung 3: Teilwahlen zum Abgeordnetenhaus in Argentinien
1983-2001**



Quelle: Ministerio del Interior (2005).

Erläuterung: Für die Teilwahlen 2003 und 2005 liegen keine auf nationaler Ebene berechneten Prozentangaben vor.

Literaturverzeichnis

- Aguilar, César (1984): *Elecciones y Partidos*. Montevideo.
- Arocena, Rodrigo (2003): *Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen*. Ibero-Analysen, Heft 13, Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin.
- Birle, Peter (1989): *Parteien, Parteiensystem und Demokratie in Argentinien. Die neuere Entwicklung der Unión Cívica Radical und ihre Stellung innerhalb des argentinischen Parteiensystems*. Dokumente und Materialien Nr. 11. Mainz: Institut für Politikwissenschaft.
- (1995): *Argentinien: Unternehmer, Staat und Demokratie*. Frankfurt/Main: Vervuert.
- (2002a): "Erfolgreiches Wahlbündnis – gescheiterte Regierungskoalition. Entstehung und Zerfall der Alianza-Regierung in Argentinien". In: *Lateinamerika Analysen* Nr. 3, S. 93-124.
- (2002b): "Parteien und Parteiensystem in der Ära Menem – Krisensymptome und Anpassungsprozesse". In: Birle/Carreras, S. 213-242.
- Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt/Main: Vervuert.
- Bodemer, Klaus (1993): "Zwischen Systemblockade und zaghafte Reformansätze – Uruguay zur Halbzeit der Regierung Lacalle". In: Bodemer, Klaus/Licio, Marta/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Uruguay zwischen Tradition und Wandel*. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, S. 25-60.
- (1995): "Überwindung der Systemblockade in der 'Drei-Drittel-Gesellschaft'? Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Uruguay 1994". In: *Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation* 12, 28, S. 147-164.
- Bodemer, Klaus/Carreras, Sandra (1997): "Die politischen Parteien im demokratischen Transitions- und Konsolidierungsprozess in Südamerika: Argentinien, Chile und Uruguay im Vergleich". In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): *Systemwechsel Bd. 3. Parteien im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske + Budrich, S. 23-56.
- Bodemer, Klaus/Licio, Marta/Nolte, Detlef (Hrsg.) (1993): *Uruguay zwischen Tradition und Wandel*. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- Bodemer, Klaus/Pagni, Andrea/Waldmann, Peter (Hrsg.) (2002): *Argentinien heute. Politik – Wirtschaft – Kultur*. Frankfurt/Main: Vervuert.
- Carreras, Sandra (1996): "Die Entwicklung der Parteien seit Beginn der Demokratisierung. Eine Bilanz". In: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien: Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*. Frankfurt/Main: Vervuert, S. 241-259.
- (1997): "Das argentinische politische System – eine konsolidierte Demokratie?". In: Sevilla, Rafael/Zimmerling, Ruth (Hrsg.): *Argentinien: Land der Peripherie?* Unkel a.R./Bad Honnef: Horlemann, S. 157-169.
- (1999): *Die Rolle der Opposition im Demokratisierungsprozess Argentiniens. Der Peronismus 1983-1989*. Frankfurt/Main: Vervuert.
- Cason, Jeffrey (2002): "Electoral Reform, Institutional Change, and Party Adaptation in Uruguay". In: *Latin American Politics and Society*, 44, 3, S. 89-109.

- Catterberg, Edgardo (1989): *Los argentinos frente a la política. Cultura política y opinión pública en la transición argentina a la democracia*. Buenos Aires: Planeta.
- Corte Electoral (2005): "Elecciones Nacionales". In: <<http://www.corteelectoral.gub.uy/nacionales20041031/>> (22.07. 2005).
- Fontana, Andrés (1984): *Fuerzas Armadas, partidos políticos y transición a la democracia en la Argentina*. Buenos Aires: Centro de Estudios de Estado y Sociedad.
- Gambina, Julio C. (2000): "Argentina. Elecciones presidenciales del 24 de octubre de 1999". In: Sánchez León, Abelardo (Hrsg.): *Elecciones y cambios políticos en América Latina*. Lima: Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo, S. 13-58.
- Georgetown University (2005): "Bases de Datos Políticos de las Americas. Argentina: 2001 Elecciones Legislativas". In: <<http://www.georgetown.edu/pdba/Elecdata/Arg/arg.html>> (15.10. 2005).
- González, Luis Eduardo (1984): *Uruguay: una apertura inesperada. Un análisis socio-político del plebiscito de 1980*. Cuadernos de CIESU N° 47. Montevideo.
- (1985): *Transición y partidos en Chile y Uruguay*. Montevideo.
- (1991): *Political Structures and Democracy in Uruguay*. Notre Dame, Ind.
- (1995): "Continuity and Change in the Uruguayan Party System". In: Mainwaring, Scott/Scully, Timothy R. (Hrsg.): *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*. Stanford: Stanford University Press, S. 138-163.
- Gunther, Richard/Diamond, Larry (2001): "Types and Functions of Parties". In: Diamond, Larry/Gunther, Richard (Hrsg.): *Political Parties and Democracy*. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press, S. 3-39.
- Hagopian, Frances/Mainwaring, Scott (Hrsg.) (2005): *The Third Wave of Democratization in Latin America. Advances and Setbacks*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Huber Stephens, Evelyne (1989): "Capitalist Development and Democracy in South America". In: *Politics & Society* 17, 3, S. 281-352.
- Jackisch, Carlota (1996): "Die Verfassungsreform von 1994 und die Wahlen vom 14. Mai 1995". In: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien: Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*. Frankfurt/Main: Vervuert, S. 125-132.
- Latinobarómetro (2004): "Informe – Resumen. Latinobarómetro 2004. Una década de mediciones". In: <<http://www.latinobarometro.org>> (09.04. 2005).
- Levitsky, Steven (1998): "Crisis, Party Adaption and Regime Stability in Argentina: The Case of Peronism, 1989-1995". In: *Party Politics* 4, 4, S. 445-470.
- (2003): *Transforming Labor-Based Parties in Latin America: Argentine Peronism in Comparative Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (2005): "Argentina: Democratic Survival amidst Economic Failure". In: Hagopian, Frances/Mainwaring, Scott (Hrsg.): *The Third Wave of Democratization in Latin America. Advances and Setbacks*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 63-89.

- Lindenberg, Klaus (1973): "Politische Parteien in Lateinamerika". In: Grabendorff, Wolf (Hrsg.): *Lateinamerika. Kontinent in der Krise*. Hamburg: Hoffmann und Campe, S. 131-178.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Llanos, Mariana/Nolte, Detlef (2003): "Menem wirft das Handtuch. Ein politischer Neuanfang in Argentinien unter Néstor Kirchner?". In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 10, S. 89-102.
- Mainwaring, Scott/Hagopian, Frances (2005): "The Third Wave of Democratization in Latin America". In: Hagopian, Frances/Mainwaring, Scott (Hrsg.): *The Third Wave of Democratization in Latin America. Advances and Setbacks*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-13.
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy R. (Hrsg.) (1995): *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*. Stanford: Stanford University Press.
- Marius, Jorge Leonel (2004): *Elecciones uruguayas 1980-2003*. Montevideo.
- McGuire, James W. (1995): "Political Parties and Democracy in Argentina". In: Mainwaring, Scott/Scully, Timothy R. (Hrsg.): *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*. Stanford: Stanford University Press, S. 200-246.
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.) (1997): *Systemwechsel Bd. 3. Parteien im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske + Budrich.
- Mieres, Pablo (1985): *El comportamiento electoral de los Uruguayos*. CLAEH: Serie Investigaciones N° 39. Montevideo.
- (1988): *¿Cómo votan los uruguayos? Análisis e interpretación de las elecciones de 1984*. CLAEH: Argumentos N° 12. Montevideo.
- Ministerio del Interior (2005): "Estadística Electoral". In: <http://www.mininterior.gov.ar/elecciones/estadistica/e_ant.asp> (14.10. 2005).
- Moreira, Constanza (2004): *Final de juego. Del bipartidismo tradicional al triunfo de la izquierda en Uruguay*. Montevideo: Ediciones Trilce.
- Morgenstern, Scott (2001): "Organized Factions and Disorganized Parties. Electoral Incentives in Uruguay". In: *Party Politics* 7, 2, S. 235-256.
- Muno, Wolfgang (2002): "Von der Blockade zur Reformpolitik. Vetospieler und Reformkoalitionen in Uruguay". In: *Lateinamerika-Analysen* 3, S. 29-62.
- (2005): *Reformpolitik in jungen Demokratien. Vetospieler, Politikblockaden und Reformen in Argentinien, Uruguay und Thailand*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mustapic, Ana M. (2002): "Das argentinische Parteiensystem von 1983 bis 2001". In: Bodemer, Klaus/Pagni, Andrea/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Argentinien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt/Main: Vervuert, S. 319-336.
- Nolte, Detlef (1996): "Ein neuer Perón? Eine Bilanz der ersten Präsidentschaft von Carlos Menem (1989-1995)". In: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien: Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*. Frankfurt/Main: Vervuert, S. 98-124.

- (1999): "Was kommt nach Menem? Die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober 1999". In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 20, S. 173-182.
- (2000): "Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung". In: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.): *Lateinamerika Jahrbuch 2000*. Frankfurt/Main: Vervuert, S. 9-29.
- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism: Studies in South American Politics*. Berkeley: University of California.
- (1994): "Delegative Democracy". In: *Journal of Democracy* 5, 1, S. 55-69.
- Rial, Juan/Klaczko, Jaime (1989): *Tendencias del electorado. Resultado de las elecciones 1925-1989*. Cuadernos de Orientación Electoral Nr. 4. Montevideo: Peitho.
- Sábato, Jorge/Schvarzer, Jorge (1985): "Funcionamiento de la economía y poder político en la Argentina: trabas para la democracia". In: Rouquié, Alain/Schvarzer, Jorge (Hrsg.): *¿Cómo renacen las democracias?* Buenos Aires, S. 175-212.
- Schonebohm, Dieter (1999): "Uruguay hat entschieden: keine Experimente!". In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 23, S. 201-208.
- (2004): "Wende in Uruguay: historischer Wahlsieg der Linken". In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 21, S. 225-235.
- Thibaut, Bernhard (1996): *Präsidentalismus und Demokratie in Lateinamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im historischen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- (1997): "Parteiensystem und Regierbarkeit im argentinischen Präsidentalismus". In: Sevilla, Rafael/Zimmerling, Ruth (Hrsg.): *Argentinien: Land der Peripherie?* Unkel a.R.n/Bad Honnef: Horlemann, S. 137-156.
- Venturini, Angel R. (1989): *Estadísticas electorales 1917-1989 y temas electorales*. Montevideo: Ediciones de la Banda Oriental.
- Wagner, Christoph (1991): *Politik in Uruguay 1984-1990. Probleme der demokratischen Konsolidierung*. Münster/Hamburg: Lit.
- (1993): "Die uruguayische Demokratie und ihre institutionellen Rahmenbedingungen: zu den politischen Auswirkungen des Wahlsystems". In: Bodemer/Licio, S. 125-153.
- (1997): *Uruguay: Unternehmer zwischen Diktatur und Demokratie. Eine Studie zu Politik, Wirtschaft und der politischen Rolle der Unternehmerverbände*. Frankfurt/Main: Vervuert.
- (1998): "Militär und Politik im Süden Lateinamerikas". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B39, S. 19-28.
- (2004a): "Argentinien". In: *Munzinger Archiv /Internationales Handbuch-Länder Aktuell*, 50/04.
- (2004b): "Uruguay". In: *Munzinger Archiv /Internationales Handbuch-Länder Aktuell*, 26/04.
- (i.E.): "Das politische System Uruguays". In: Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (Hrsg.): *Die politischen Systeme in den beiden Amerikas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.